Sitzungsvorlage	Wahlperiode / Vorlagen-Nr.:
	2014-2020 SV 1207
	Datum:
	12.06.2019
	Status:
	öffentlich
Beratungsfolge:	Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung
Federführende Stelle:	Fachbereich 3 Öffentliche Sicherheit und Recht

Antrag der FDP-USPD-Fraktion vom 22.06.2018 im Rat der Stadt Übach-Palenberg betr. Verkehrssituation Talstraße 39-51

Aufgrund von Beschwerden, dass in diesem Bereich der Talstraße zu schnell gefahren wurde, hat die Verwaltung nach langen Verhandlungen mit der Kreispolizeibehörde die einvernehmliche Lösung erreichen können, dass aufgrund der Engpass-Situation ein Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h mit dem Hinweis auf den Engpass angeordnet werden konnte.

In Folge des Antrags der FDP-USPD-Fraktion wurden in dem betreffenden Bereich Geschwindigkeitsmessungen über einen Zeitraum von 10 Tagen vorgenommen, um das Geschwindigkeitsgefüge der KFZ beurteilen zu können.

Dabei wurden folgende Daten erfasst: Anzahl der Fahrzeuge und deren Geschwindigkeit. Insgesamt befuhren die Talstraße (aus Richtung Quäkergracht kommend) 4437 Fahrzeuge in diesen 10 Tagen. Demzufolge im Mittel ca. 440 Fahrzeuge in 24 Stunden oder 18 Fahrzeuge je Stunde. In Gegenrichtung wurden 7206 Fahrzeuge ermittelt also 720 Fahrzeuge täglich und rund 30 je Stunde. Die Verkehrsbelastung ist damit als gering zu bewerten.

Die Geschwindigkeitsmessungen haben ergeben, dass aus Richtung Quäkergracht kommend rund 98 % der Kraftfahrer das Tempolimit einhalten. Lediglich 2% überschritten eindeutig die Höchstgeschwindigkeit; das bedeutet in absoluter Zahl, dass rund 1 Fahrzeug je 2 Stunden zu schnell gefahren ist.

In Gegenrichtung wurde die Geschwindigkeit zu 97% eingehalten und nur zu 3 % eindeutig überschritten. Aufgrund der höheren absoluten Anzahl an Fahrzeugen war hier stündlich 1 Fahrzeug zu schnell unterwegs.

Dieses Ergebnis ist absolut erfreulich und zeigt auf, dass die überwiegende Anzahl der Verkehrsteilnehmer in vorbildlicher Weise die Gebotsschilder beachten. Deshalb ist derzeit aus Sicht der Verwaltung eine Veränderung durch temporeduzierende Maßnahmen nicht notwendig.

Dezernent/Leiter der federführenden Stelle	Dezernent/Leiter der mitwirkenden Stelle	Kenntnisnahme des Kämmerers	Mitzeichnung sonstiger Stellen	Bürgermeister